

Wenn North China Herald v. 24. 3. richtig informiert ist, haben die Ententemächte China noch ein weiteres Stück aus dem Fundament der Sonderstellung der Ausländer gebrochen. Für den Fall der Kriegserklärung gegen Deutschland sollen die

Mächte ihm den Verzicht auf die Aufrechterhaltung einer militärischen Verbindungslinie zwischen Peking und der See zugesichert haben.

Die Krise in China

Die Voraussagen weitblickender Chinesen, daß dem Bruch mit Deutschland schwere innere Krisen folgen würden (vgl. Nr. 21), haben sich schnell erfüllt. China ist, darin stimmen die sich widersprechenden Meldungen überein, in voller Gärung. Noch ist es unmöglich, aus den durch trübe Kanäle fließenden Telegrammen auch nur ein annäherndes Bild zu gestalten. Man wird daher dem wirklichen Sachverhalt nur näher kommen, wenn man zunächst die Entwicklung der Dinge, soweit möglich, auf Grund der ostasiatischen Presse verfolgt. Daraus ergeben sich allerdings Schlüsse, die den Vorgängen in China ein Gesicht geben, das die bisherigen verworrenen Entente-Meldungen verhüllen zu wollen scheinen.

Japans Haltung vor dem Bruch mit Deutschland

In Nr. 21 war gezeigt, daß die Vereinigten Staaten als Mandatar für England und Frankreich die treibende Kraft beim Bruch mit Deutschland waren.

Japan dagegen hielt sich zurück. Es wurde zwar Anfang Februar von China vorher befragt, aber es gab nur die ausweichende Antwort, daß es, falls der Bruch eintrete, erwarte, daß China die besonderen Interessen Japans beachte; die japanische Regierung würde dann China bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen. Japan verhielt sich also zunächst passiv.

Dies wird auch dadurch bestätigt, daß Japan an den China gemachten Versprechungen zunächst nicht beteiligt war. Nach Japan Weekly Chronicle vom 22. 3. haben bis Anfang März sowohl der Ministerpräsident Teratschi, wie der Minister des Auswärtigen und der Handelsminister geleugnet, daß Verhandlungen über die chinesische Zolltarifreform mit China stattgefunden hätten, so daß man durch die gegenteilige Erklärung des Finanzministers Schoda (die übrigens im Japan Advertiser am 16. März erörtert wird, also anscheinend unmittelbar nach Abbruch der Beziehungen zu Deutschland erfolgte) in Japan völlig überrascht wurde.

Vergegenwärtigen wir uns nun, daß der Premierminister Tuan den Kabinettsbeschuß auf Abbruch der Beziehungen vor Befragung des Parlaments nach Tokio telegraphieren wollte, und daß im Telegramm zugleich der Kriegseintritt im gegebenen Augenblick zugesagt wurde, so scheint der Schluß begründet, daß Japan in der ersten Märzhälfte mit der chinesischen Regierung Abmachungen getroffen und danach seinen Standpunkt gewechselt hat und nunmehr seinerseits auf Kriegsbeteiligung Chinas hin drängt. Die Motive werden später noch erörtert werden.

Nach Drucklegung des Aufsatzes trifft noch die Peking Gaz. v. 4. 4. ein, in der die Gründung einer großen japanischen Notenbank in China besprochen wird. (10 Mill. \$ je zur Hälfte japanisches und chinesisches Kapital, Recht auf Gold und Silber Noten auszugeben und Privileg, Anleihen und Schatzanweisungen für die Regierung zu begeben, ferner allgemeine Bankgeschäfte; 2 chinesische Direktoren, aber Hauptgeschäftsführer, also eigentliche Leitung, japanisch.) Der Vertrag über diese Chung Hua Hui Yeh Bank soll bereits in Tientsin unterzeichnet und von der Regierung sanktioniert sein, doch besteht im Parlament Mißtrauen und Opposition.

Jedenfalls bestätigt diese bedeutungsvolle Nachricht, daß vor dem Bruch mit Deutschland zwischen der chinesischen und japanischen Regierung Abmachungen von größter Tragweite verein-

bart sind. Es ist demnach kaum mehr zu bezweifeln, daß der Ministerpräsident Tuan Tschui-jui Anfang März den Anschluß an Japan in einem Geheimvertrag vollzogen hat und seitdem nach japanischen Direktiven handelt.

Chinas vorenthaltener Lohn

Um die Haltung der chinesischen Regierung zu verstehen, muß man die Versprechungen kennen, die ihr für den Fall des Bruches mit Deutschland gemacht wurden.

Nach den verschiedenen Angaben haben die Verbündeten (ohne Japan) folgende Belohnungen versprochen:

1. Bewilligung eines großen Kredites (Reorganisationsanleihe).
2. Zolltarifreform (durch Erhöhung erhoffte der Ministerpräsident Tuan 30 Mill. \$).
3. Stundung der Bogerentschädigung und Einstellung sämtlicher Zahlungen an Deutschland (Bogerschuld und Anleihezinsen).
4. Verzicht der Vertragsmächte auf Aufrechterhaltung einer militärischen Verbindungslinie zwischen Peking und der See (North Ch. Herald v. 24. 3.).
5. Zulassung chinesischer Truppen in das Gebiet der Fremdenniederlassungen in Tientsin zwecks Besetzung der deutschen Konzession (Japan Advertiser v. 3. 4.).

Von diesen Versprechungen sind die unter 4 und 5 nur von moralischem Wert für das Prestige der Regierung in China. Wichtiger sind die großen finanziellen Zugeständnisse, die dem in dauernden Finanzschwierigkeiten befindlichen China außerordentlich verlockend erscheinen mußten. Denn trotzdem einige Einnahmen, namentlich die Salzsteuer 1916 erhöhte Beträge geliefert haben, kann China sein Budget für 1917 nicht sichern. Eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen ist ohne große Reformen nicht zu erzielen. Daher drängt das Parlament zunächst auf Herabsetzung aller überflüssigen Ausgaben, insbesondere auf Einschränkung der Heeresausgaben. Von den 473 Mill. \$ Gesamtausgaben beansprucht der Militäretat allein 156 Mill. \$ oder 33,6 %. Diese Summe ist höher als je vorher. Das Parlament möchte daher den Truppenbestand auf 50 Divisionen herabsetzen und drängt auf die Entlassung der überflüssigen Truppen (Pek. Gaz. v. 22. 3.). Es ist nicht unmöglich, daß hieraus sich ein Gegensatz zwischen den Militärkreisen und dem Parlament entwickelt hat. Man muß diese Möglichkeit jedenfalls ins Auge fassen.

Die Sachlage vor dem Bruch mit Deutschland war demnach so, daß die chinesische Regierung sich in ihren Finanznöten sowohl nach einer größeren Anleihe zur Deckung der laufenden Verbindlichkeiten und Reform der Schulden wie auch nach neuen Einnahmequellen umsehen mußte.

Unter diesen Umständen hatten daher die Versprechungen der Entente außerordentliche Zugkraft.

Was hat die Regierung nun wirklich erhalten?

Eigentlich nur das, was auf Kosten Deutschlands ging. Die Zahlungen an Deutschland wurden eingestellt. Nach North China Herald v. 24. 3. wurden folgende Summen angehalten:

- a. 75 910 £ Monatszinsen f. d. Anleihe Arnhold, Kerberg & Co.
- b. 1 247 611 M monatliche Schuldzahlungen an die deutsche Regierung.
- c. 250 200 £ Jahreszinsen auf Anleihen der Tientsin-Pukortlinie.

d. 2 400 000 \$ Jahreszinsen auf Anleihen der Szechuan-Kraugung-Linie.

Ferner durften inzwischen chinesische Truppen die deutsche Konzession in Tientsin besetzen. Über Punkt 4 fehlt jede nähere Mitteilung.

Wenn auch China die deutsche Vorerentschädigung nicht mehr zu zahlen braucht, so ist es fraglich, inwieweit die übrigen Mächte Wort halten. Amerika hat bekanntlich seinerzeit auf die Vorerentschädigung verzichtet. Japan ist nur unerheblich beteiligt und kann leicht ganz verzichten. Anders Frankreich und England. Es ist nun bezeichnend, daß diese Mächte, wie aus einer Meldung des Tokyo Asahi im „Japan Weekly Chronicle“ v. 29. 3. zu schließen ist, sich um die Erfüllung ihrer Zusage scheinen herumdrücken zu wollen. Am 21. 3., also ein Woche nach dem Bruch mit Deutschland, soll in Peking eine Zusammenkunft der verbündeten Diplomaten im Auswärtigen Amt über die chinesischen Entschädigungen ohne definitives Ergebnis stattgefunden haben. Die Ententevertreter hätten dabei den Aufschub der Vorerentschädigung nur für Kriegsdauer zugestehen wollen, während China eine 10jährige Stundung verlangte.

Unklar ist auch die Haltung der Verbündeten hinsichtlich der Zolltarifrevision.

Es ist schon an sich charakteristisch, daß zunächst Versprechungen gemacht wurden, ohne daß an dieser Frage am meisten interessierte Japan heranzuziehen.

Japan Weekly Chronicle v. 29. 3. gibt hierzu folgende Darstellung: Anfang Februar sei die Zollreform zuerst vom damaligen chinesischen Minister des Auswärtigen Lu Cheng-Siang inoffiziell angeregt worden, aber ohne bestimmte Vorschläge. Ebenfalls inoffiziell erklärten sich die Vertreter der Verbündeten (ohne Japan) bereit, eine Reform etwa auf Basis von 5% ad valorem Zöllen in Erwägung zu ziehen. Anfang März erfolgte ein offizieller Vorschlag der Chinesischen Regierung an die Ententegeandten und den japanischen Minister des Auswärtigen wegen der Zolltarifrevision, und zwar forderte China sofortige Einführung von Zöllen zu 7½% ad valorem (also nicht nur 5%) und Zusage späterer Erhöhung auf 12½%, zwecks Aufhebung der Likinzölle (Winnenzölle). Das japanische Blatt meint dazu, daß China 7½% nur gefordert habe, um 5% zu erhalten (nominal auch jetzt 5%, effektiv nach Japan Fin. & Econ. S. v. März im Durchschnitt 3½%).

Japan kam hierdurch in eine schwierige Lage. Als im Februar die ersten Gerüchte von der geplanten Zolltarifrevision sich verbreiteten, kam es bereits in Japan zu ersten scharfen Protesten, namentlich aus dem Spinnereigewerbe, so daß die Minister Erklärungen abgaben, daß Japan kein derartiger Vorschlag gemacht sei. Der Landwirtschafts- und Handelsminister versicherte überdies, daß, falls ein solcher Vorschlag an Japan heranträte, vor der Entscheidung die beteiligten Handels- und Industriekreise befragt werden sollten. Es müssen, angesichts der großen Bedeutung dieser Kreise, sehr wichtige Abmachungen mit der chinesischen Regierung getroffen sein, wenn die japanische Regierung dann plötzlich Mitte März mit der Erklärung sich an die Öffentlichkeit wagte, daß Japan der Revision des chinesischen Zolltarifs zugestimmt habe. Dieser Schritt der Regierung rief außerordentliche Erregung in Japan hervor und kaufmännische und industrielle Vereine beriefen Konferenzen ein, um eine Protestbewegung großen Stiles zu entfalten. Das Finanzministerium sandte daher einen Direktor nach Osaka, um dort über die Konsequenzen der Tarifrevision auf das am meisten betroffene, japanische Spinnereigewerbe Material zu sammeln. Japan Weekly Mail v. 24. 2. schätzte den den japanischen Spinnern drohenden Verlust auf mehrere Mill. Yen jährlich. Im Japan Fin. & Econ. Monthly wird der Verlust für Japan auf 3 Mill. Yen beziffert. Der größere Schaden liegt aber in der schubzöllnerischen Wirkung zugunsten der chinesischen Industrie. Um Japan entgegenzukommen, soll China das Angebot gemacht haben, gleichzeitig seine Exportzölle auf Rohbaumwolle und andere Roh-

materialien aufzuheben. Der japanische Finanzminister Echoda soll diesen Vorschlag als annehmbar bezeichnet haben. (Japan Advertiser v. 18. 3.) Doch scheint dies Zugeständnis die japanischen Geschäftsleute absolut nicht beruhigt zu haben, vielmehr äußert dasselbe Blatt unterm 2. u. 3. April die Ansicht, daß die starke Bewegung gegen die chinesische Zolltarifrevision für das Serrachiministerium bei den Ende April bevorstehenden Wahlen sich sehr unangenehm fühlbar machen könne. Abgesehen sind in China die beteiligten Erwerbskreise nicht mit der Aufhebung der Exportzölle auf Rohprodukte einverstanden. Pek. Gaz. v. 21. 3. berichtet, daß die davon speziell betroffene Shanghaier Kaufmannschaft in Peking gegen den Vorschlag (der übrigens hier als japanischer Vorschlag bezeichnet wird) protestiert habe, da dadurch der ganze chinesische Handel gefährdet, und insbesondere die japanische Spinnerei in die Lage veretzt werde, die heimische Industrie zu unterbieten und zu Grunde zu richten.

China hat nach alledem in der Zolltariffrage kein positives Ergebnis erzielen können. Vielmehr wurde ihm von den Vertretern der Mächte, wie Japan Advertiser v. 3. April berichtet, nur in Aussicht gestellt, daß „im geeigneten Augenblick“, also nach erfolgter Kriegserklärung, eine definitive Abmachung zustande kommen würde.

Vergeblich wartet China auch auf den versprochenen großen Anleihekredit.

Nach den vorliegenden Meldungen haben bereits Anfang Februar in London Verhandlungen der Viermächtegruppe stattgefunden. Nach Japan Weekly Chronicle v. 8. 2. soll man sich dort auf folgende Beschlüsse geeinigt haben: Höhe der Anleihe 100 bis 200 Mill. \$, als Sicherheit die Grundsteuer, Auflage in Japan und den Vereinigten Staaten, Kontrolle der Geldverwendung in China durch japanische Aufsichtsbeamte. Weitere Einzelheiten sollten später noch festgesetzt werden. Grundsätzlich von Bedeutung ist aber noch, daß man sich für Ausnahme der Vereinigten Staaten, also Auflösung der alten Viermächtegruppe und Gründung einer neuen Fünfmächtegruppe entschieden haben soll. Diese letztere Meldung wird vom Echo de Chine v. 10. 2. bestätigt, daß ebenfalls die Gründung einer „Gruppe des cinq nations“ meldet. Dagegen spricht dies Blatt von 200 Mill. \$ und nicht von japanischen, sondern allgemein von fremdländischen Kontrolleuren.

Die Tatsache, daß in London entsprechende Verhandlungen stattgefunden haben, bestätigte dem Japan Advertiser v. 18. 3. zufolge der japanische Finanzminister Echoda, der in Kobe mitteilte, daß in London ein Kredit von 100 Mill. Yen beschlossen sei, vorausgesetzt, daß die Vereinigten Staaten dem Syndikat beiträten.

Auch Asahi berichtet, daß die Anleihe an die Bedingung der Teilnahme der Vereinigten Staaten geknüpft sei. In diesem Falle wolle die Gruppe den Chinesen 10 Mill. \$ zu 8% gegen Sicherheit der noch freien Salzsteuer sofort vorstrecken (also nicht Grundsteuer, wie oben).

Der Beitritt der Amerikaner sei aber noch fraglich, da die Chicagoer Gruppe (Continental & Commercial Trust and Savings Bank. D. Red.) selbständig vorgehen wolle, während man in New York (National City Bank und deren ausführendes Organ, die American International Corporation. D. R.) dem Beitritt zuneige. Falls dieser unterbliebe, würde Japan die Anleihe allein übernehmen, womit man in London einverstanden gewesen zu sein scheint.

Echo de Chine v. 10. 2. will übrigens bereits wissen, wie das Geld verwendet werden soll:

1. Rückkauf der Eisenbahnlinie Schengting-Saiyuan 12 Mill. \$
2. Rückkauf der Eisenbahnlinie Tantsu-Schingwa 8 „
3. Beendigung der Arbeiten auf der Verlängerung der Linie Peking-Schui-han 20 „

4. Bau von Werkstätten zur Herstellung von Eisenbahnmaterial	25	Mill. \$
5. Beendigung von Arbeiten auf verschiedenen unvollendeten Eisenbahnlinien		
6. Anlage zur Herstellung von Eisenbahnschwellen	8	" "
7. Werkstätten zum Bau von Eisenbahnwagen	25	" "
8. Bau von Warenspeichern an den Eisenbahnen	10	" "
9. Allerhand Auslagen für die Eisenbahnen	5	" "
10. Verlängerung des Telegraphennezes	5	" "
11. Ausdehnung des Telephonnetzes	7	" "
12. Bau von Elektrizitätswerken	5	" "
13. Verbesserung der Handelsflotte	20	" "

Alle diese Meldungen widersprechen sich in den Einzelheiten, wodurch schon ersichtlich wird, daß ein festes Abkommen nicht erzielt werden konnte. Auffallend ist, daß die Japaner die Teilnahme der Vereinigten Staaten von vornherein für zweifelhaft hielten. Inzwischen hat denn auch Amerika den Eintritt in das Syndikat abgelehnt, und zwar laut Times vom 27. 3. unter der Begründung, daß Amerika an seinem bisherigen Grundsatz der rein wirtschaftlichen Betätigung ohne politischen Beigeschmack festhalten wolle.

Dieser Grundsatz ist seinerzeit von Wilson ausgesprochen, als Amerika nach einer Kette von Mißerfolgen gegenüber Japan in der Mandchureipolitik und im Finanzsyndikat, aus dem es vergeblich Japan und Rußland auszuschließen sich bemühte, aus dem Finanzsyndikat ausgeschieden war. Wenn man nun gegenüber der Auffrischung dieser Grundsätze sich vor Augen hält, daß der Druck auf Chinas Kriegsbeteiligung doch eine rein politische Betätigung darstellt, daß in der Konsequenz die Vereinigten Staaten China gegenüber verpflichtet sind, bei der Anleihe mitzuwirken, und daß solche Mitwirkung auch im Interesse der europäischen Verbündeten liegt, denen es nicht angenehm sein kann, wenn Japan allein China finanziert, so bleibt eben für die ablehnende Haltung Amerikas kein anderer Grund zu finden, als daß Japan die näheren Bedingungen von vornherein so gestellt hat, daß Amerika dem Syndikat nicht gut beitreten konnte. Ein Fingerzeig in dieser Richtung ist die Meldung, daß die Verwendung der Gelder von Japanern kontrolliert werden sollte.

Es gewinnt somit den Anschein, als ob Japan darauf hingearbeitet hat, das Zustandekommen einer gemeinsamen Anleihe der Mächte zu hintertreiben, um das Geschäft allein und um so vorteilhafter zu machen. Jedenfalls sind verschiedene Meldungen vorhanden, die auf ein selbständiges Vorgehen Japans hinweisen.

Nach einer Meldung des Rjetsch v. 9. 2. soll die Bank of Communications die Ausgabe einer inneren Anleihe von 200 meg. \$ übernommen haben. Die entsprechende Vorlage werde im Parlament beraten. Das Geld solle zum Bau verschiedener Bahnlinien im Norden verwandt werden, Rußland erwarte aber, daß die projektierten Linien nicht den russisch-chinesischen und russisch-japanischen Abkommen zuwiderlaufen. Nach der Meinung des Rjetsch sei eine solche Anleihe in China bei der jetzigen Lage kaum unterzubringen, daher liege die Vermutung nahe, daß das Geld aus Japan komme, zumal an der Spitze der Bank of Communications japanische Beamte ständen, und die Bank daher bei den führenden japanischen Banken großen Kredit genieße.

Diese innere Anleihe wäre also nichts anderes als eine verkappte Anleihe. Eine direkte Bestätigung dieser Nachricht liegt von anderer Seite nicht vor. Indirekt bestätigt aber Echo de Chine v. 11. 2., daß etwas derartiges zur Unterhandlung stehen muß. Dort wird nämlich ebenfalls von einer „inneren“ Anleihe von 150 Mill. meg. \$ gesprochen, die von der chinesischen Regierung in folgender Zusammensetzung ausgegeben werden solle:

1. Innere Reorganisations-Anleihe der Republik in Höhe von 50 Mill. \$, die im März herauskommen soll.

2. Ausgabe von Prämien-Anteilen der Sincua Bank in Höhe von 10 Mill. \$ im Juni.
3. Anleihe des Ministeriums für Handel von 60 Mill. \$. Ausgabetermin im Juli.
4. Prämien-Anleihe des Ministeriums für Landwirtschaft und Handel in Höhe von 10 Mill. \$. Ausgabezeit: Juli.
5. Marine-Anleihe des Ministeriums der Marine im Herbst zu remittieren in Höhe von 20 Mill. \$.

Beide Nachrichten lassen demnach darauf schließen, daß Japan bereits zur Zeit der Londoner Verhandlungen über eine selbstständige Anleihe verhandelte; also ein Zeichen mehr, daß Japan dem gemeinsamen Anleihegeschäft widerstrebe.

Einen guten Monat später nimmt der London & China Telegraph v. 19. 3. diese Meldung wieder auf, allerdings spricht er nur mehr von 50 Mill. \$. Die Regierung habe dem Parlament bereits einen Gesetzentwurf über eine solche innere Anleihe (zu 6½ %, bestimmt für Reorganisationszwecke) vorgelegt. Woher das Geld kommen soll, wird allerdings nicht mitgeteilt. Da aber eine tatsächliche „innere“ Anleihe von größerem Betrag in China undenkbar ist, bleibt auch hierfür nur die Auslegung des Rjetsch. Japan wird unter Vorschubung der Bank of Communications ein inoffizielles (dafür aber wohl um so lohnenderes) Anleihegeschäft auf neue ausgeben haben. Da seitdem keine weitere Nachricht darüber gekommen ist, bleibt es fraglich, ob die Anleihe zum Abschluß gekommen ist. Vermutlich handelt es sich um ein Ergebnis der Abmachungen von Anfang März, dessen Realisierung von Japan aber wohl an besondere, bisher nicht erfüllbare Garantien gebunden ist.

Als Gegenstück hierzu tritt die sehr bestimmte Nachricht auf, daß eine amerikanische Finanzgruppe inzwischen 25 Mill. Gold-\$ an China geliehen hat, und zwar 5 Mill., tilgbar in 25 Jahren, zur Errichtung einer Schiffswerft in Kiangan (gegen Ausgabe einer mit 7 % verzinsbaren Anleihe mit Ausgabekurs zu 90 %), ferner 20 Mill. für das Kiangan-Arsenal (tilgbar in 10 Jahresraten gegen 7 % Anleihe mit 93 % Ausgabekurs). Beide Unternehmungen würden durch Amerikaner geleitet. Dies Abkommen soll lt. Sémaphore de Marseille am 6. April gezeichnet sein. Es handelt sich offenbar um die Gruppe der Chicagoer Continental Trust & Savings Bank, die bereits Ende 1916 mit kurzem Entschluß China mit 5 Mill. Gold-\$ aus der Verlegenheit half und damals auch gleich Abmachungen über weitere 25 Mill. Gold-\$ getroffen haben soll, die nunmehr verwirklicht worden sind. Da die Mittel für ganz bestimmte Zwecke bestimmt sind, scheidet diese Anleihe aus dem politischen Rahmen der benötigten Reorganisationsanleihe aus.

Immerhin ist es zweckmäßig, den Geldgebern einige Aufmerksamkeit zu widmen. Die Geschäfte der Bank in China sind anscheinend von ihrem Vizepräsidenten John J. Abbott und ihrem Direktor J. Morton, (J. Morton & Co.) abgeschlossen. Letzterer hat kürzlich, wie Japan Advertiser v. 22. 3. berichtet, eine große Geschäftsreise nach den Philippinen, China und Japan durchgeführt. Morton ist gleichzeitig Direktor der Continental & Commercial National Bank of Chicago, die zur Savings Bank in engen Beziehungen steht, sowie Direktor oder Präsident einer größeren Zahl von Unternehmungen (Morton Salt Co., Morton Gregson Co., Equitable Life Assurance Society, Western Cold Storage Co. usw.). Zu den führenden Persönlichkeiten der C. & C. National Bank zählen ferner G. M. Reynolds, J. Ogden Armour, Robert E. Lincoln von der Pullman Co., M. Abbott.

Vom politischen Standpunkt wichtiger als diese Gruppe ist die der New Yorker National City Bank und American International Corporation. Diese hat sich neuerdings mit japanischen Finanzleuten liiert, allerdings eine Liaison, deren Unkosten ganz auf amerikanischer Seite liegen. Nach Wall Street Journal v. 10. 3. ist zwischen Japan und den Vereinigten Staaten über das Projekt zum Ausbau des Kaiserkanals ein Abkommen getroffen, wonach an dieser bisher allein

dem Konzern der American International Corporation übertragenen Konzession japanische Finanzkreise beteiligt werden; und zwar sollen von der erforderlichen Anleihe die Amerikaner $3\frac{1}{2}$ Mill., die Japaner $2\frac{1}{2}$ Mill. Gold- $\$$ zugewiesen erhalten. Die Arbeiten sollen gemeinschaftlich ausgeführt werden. North Ch. Herald v. 24. 3. bestätigt dies Abkommen, behauptet aber, daß beide Teile je 3 Mill. Gold- $\$$ aufbringen würden. Wall Street Journal erwähnt unterm 23. 3., daß der Leiter der Siemens-Carey Company bereits erklärt habe, daß die Lieferungen für die Bahnhäuten der American International Corporation in China auf dem billigsten Markte untergebracht werden sollen, er hoffe aber, daß amerikanische Fabrikanten sich einen starken Anteil würden sichern können.

Hierin liegt ein völliger Verzicht auf die Grundgedanken des Programms der A. I. C., die der amerikanischen Arbeit im Auslande und speziell in China einen Platz sichern wollte. Man hat sich von den japanischen Interessen, (geführt vom Großbankier Baron Glubusara sowie Baron Sakatani, von der Yokohama Specie Bank und der Japan Industrial Bank) beugen müssen. Selbstverständlich haben die amerikanischen Finanziers diese Opfer nur im Zusammenhang mit allgemeinen politischen und handelspolitischen Verhandlungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten gebracht, über deren Ergebnisse aber nur Vermutungen (Anerkennung der japanischen Rechte in Schantung usw.) bestehen.

An dieser Stelle interessiert nun hierbei in erster Linie die Frage, ob etwa aus diesem Vertrag Abmachungen zu Gunsten einer japanisch-amerikanischen Anleihe herausgekommen sind. Davon findet sich nirgends eine Andeutung, sodaß anzunehmen ist, daß aus dieser japanisch-amerikanischen Kombination für China die erhoffte finanzielle Hilfe nicht kommen wird.

Jedenfalls hat China, nachdem es seinerseits der Entente nachgegeben und mit Deutschland gebrochen hat, die versprochene Reorganisationsanleihe nicht erhalten. Es ist aber auch fraglich, ob die Mächte des Bankensyndikats — angesichts ihrer inneren Gegensätze — überhaupt ihr Wort einlösen könnten, wenn sie auch wollten. Ihre bisherigen Verhandlungen über eine Syndikatsanleihe sind jedenfalls ergebnislos geblieben, sodaß China hierauf trotz neuer Versprechungen für den Fall des Kriegseintritts kaum ernste Hoffnungen setzen kann.

Andererseits liegt es mit einer japanischen Sonderanleihe. Diese kann China zweifellos — allerdings unter entsprechenden Bedingungen — erhalten, und es ist sogar wahrscheinlich, daß darüber geheime Abmachungen zwischen Japan und dem Ministerpräsidenten Suan getroffen sind.

Die Mächte, die China zum Bruch mit Deutschland drängten, haben also von ihren finanziellen Versprechungen nichts erfüllt. Weder den Aufschub der Vorerentschädigung, noch die Zolltarifreform, noch die Reorganisationsanleihe hat die chinesische Regierung als Frucht ihrer Handlung ernten können.

Freilich erneuerten die Mächte ihre Versprechungen für den Fall des Kriegseintritts Chinas. Aber für China haben die Versprechungen im Kurs verloren.

Chinas Kriegsbeteiligung und die Mächte

Um das Verhalten der Mächte zu verstehen, muß man ihre Motive suchen. Als die Westmächte durch Amerika zum Bruch drängten, mögen folgende Motive maßgebend gewesen sein:

1. Die Deutschen aus China möglichst auszumerzen und die deutsche Zukunft dort zu zerstören.
2. Erzielung eines großen moralischen Eindruckes.
3. Für England und Frankreich: Beschaffung chinesischer Ruliz in großem Maßstabe. (Nach „Pef. Gaz.“ v. 6. 4. sollen Ab-

machungen über 200 000 Ruliz für die Westmächte getroffen sein!)

4. China einen Rückhalt gegenüber Japan zu verschaffen, da es als Verbündeter von Japan anders behandelt werden muß und außerdem in den künftigen Friedensverhandlungen selbst über seine Angelegenheiten mitberaten kann.

Die Art, wie China die Deutschen behandelte, wird kaum den Wünschen Englands und Frankreichs entsprochen haben. Ebenso dürfte die wachsende Gegenströmung in China gegen jede Hineinziehung in den europäischen Konflikt bei den Westmächten und den Vereinigten Staaten den Wunsch nach einer klaren und unwiderrüflichen Stellungnahme durch Kriegserklärung gegen Deutschland verstärkt haben. Es ist also verständlich, daß diese Mächte mit allen Mitteln, namentlich durch Hinauszögerung der Erfüllung ihrer Versprechungen, China auch zum letzten Schritt zu treiben suchten.

Viel komplizierter liegt das

Verhalten Japans

Wir haben bereits eingangs gesehen, daß Japan kurz vor dem Bruch mit Deutschland einen Stellungswechsel vollzogen haben muß. Auch die Nachrichten über die Anleihegeschäfte scheinen dies zu bestätigen. Japan hat natürlich auch bemerkt, daß das Vorgehen seiner Verbündeten gleichzeitig einen anti-japanischen Schachzug darstellt. Aber es konnte nicht gut gegen die Schaffung eines neuen Verbündeten im Weltkrieg Einspruch erheben. Außerdem kam ihm diese Politik gar nicht ungelegen, denn Japan wußte ebenso gut, wie die chinesischen Protestler, daß die Folgen für China sehr bedenklich werden konnten, und daß diese Folgen sich durch japanische Agenten und geschickte japanische Politik noch leicht verstärken ließen. Fast möchte man fragen, welcher größerer Dienst Japan wohl hätte erwiesen werden können, als daß seine Konkurrenten selbst ihm halfen, das Wasser zu trüben, in dem Japan sich zum großen Fischfang rüstete. Hierin scheint mir auch die Deutung der Anfang Februar an China erteilten Antwort betreffend die Aufgabe der Neutralität zu liegen: Japan werde China sicherlich soweit wie möglich bei Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen, wenn es zum Bruch komme. Man stelle sich also als letztes Ergebnis der deutsch-feindlichen anglo-amerikanischen Politik vor: Ein japanischer Einmarsch in China als Hüter der chinesischen Ordnung und Unabhängigkeit und beauftragter Schützer der fremdstaatlichen Interessen!

Jedenfalls hat Japan es nicht unterlassen, in diesem Sinne die innere Lage Chinas zu erschweren. In Nordchina ist es bereits eifrig an der Arbeit, um die monarchische Bewegung zu entfachen. Nach Pef. Gaz. v. 6. 4. fördert Japan die aufrührerischen Bestrebungen der „Imperial Clan Society“. Außerdem sollen japanische Agenten von der Schantungbahn aus, die unter japanischer Verwaltung steht und daher dem Zugriff chinesischer Behörden entzogen ist, die Provinz bereisen. In der Mongolei wird die „Mongolia Imperial Clansmen Society“ unterstützt. Auch „Echo de Chine“ v. 25. 3. berichtet von Unruhen in der Mongolei.

Doch es hieße Japan unterschätzen, wollte man annehmen, daß es sich allein auf diese eine, wenn auch bewährte, Methode verlasse. Ein Blick in die japanische Presse zeigt uns, daß Japan am offenen Tage andere Wege wandelt.

Japans asiatische Ziele (eine japanisch-asiatische Monroe-doktrin, ein Asien unter Japans Führung bei möglichstem Ausschluß der Weißen) werden jetzt aufs ausgiebigste in der japanischen Presse erörtert. Beachtenswert ist dabei, daß ungeniert der Gegensatz gegen die Westmächte betont wird und noch beachtenswerter, daß man allgemein für die Erreichung dieser Ziele China gegenüber jetzt andere Wege beschreiten will. Man fordert die

Aufgabe der Gewaltpolitik gegenüber China; man betont die Notwendigkeit, China und Japan durch ein Wirtschafts- und Schutzbündnis, basiert auf beiderseitigen Vorteilen, zusammenzuschließen. Ministerpräsident Terauchi und der Minister des Auswärtigen Motono haben erklärt, daß man mit China auf besseren Fuß zu kommen sich bemühe und die Politik geändert habe. Der Pekinger Gesandte Baron Hayashi äußert sich ähnlich und erklärt ostentativ, daß Japans Politik auf den Fortschritt und die innere Erstarbung Chinas zu einem unabhängigen Staat gerichtet sein müsse. (Japan Weekly Chronicle v. 22. 3.)

Der von der chinesischen Regierung zur Aberbringung eines Ordens an den Mikado entsandte General Wang wird mit ähnlichen Phrasen empfangen. Japan steht über von Freundschaftsbeteuerungen für China.

Freilich, die freundlichen Worte und großen Phrasen verhüllen nicht die eigentlichen Absichten. Fast überall kommt es zum Ausdruck, daß Japan auf die Reservierung der chinesischen Naturschätze für japanische Unternehmungen Anspruch erhebt, daß man zwar ein „selbständiges“ China wünsche, daß aber zur Erreichung der einzig wahren Selbständigkeit Japan als Organisator herangezogen werden müsse. Also Heeresreorganisation, Vereinheitlichung des Polizeisystems, Münzreform, Verwaltungsreformen usw., alles unter japanischer Führung. Da diese Gedankengänge in führenden Blättern und von namhaften Leuten (wie Dr. Sarayanagi, Unterrichtsminister im Okuma-Kabinett) vortragen werden, kann man annehmen, daß dahinter die Absicht einer großen Stimmungsmache liegt, die in Japan und China den Bündnisgedanken popularisieren und das Volk so auf die Verwirklichung der geheimen Abmachungen zwischen den Regierungen vorbereiten soll.

Selbstverständlich denken die Japaner nicht entfernt daran, ihre Aspirationen in Nordchina aufzugeben. Im Gegenteil. Aber man möchte trotzdem den Versuch machen, China im jetzigen Augenblick, wo die weißen Völker immer mehr ihren ostasiatischen Interessen entrückt werden, an sich zu fesseln. Daß eine Unterdrückung ganz Chinas, selbst wenn sie vorübergehend gelänge, nach Kriegsschluß keinen Bestand haben könnte, darüber ist man sich klar. Also schlägt man hier den Weg der Freundschaft ein. Eine Verquickung beider Ziele, der territorialen in Nordchina und des Bündnisses mit dem verbleibenden großen China ist allerdings nur denkbar, wenn es gelänge, von innen heraus eine Abspaltung der nördlichen Provinzen herbeizuführen, die dann aus „eigener“ Initiative sich an Japan aufs engste anschließen würden.

Hierauf scheint mir Japan hinzuwirken. Es ist allerdings sehr die Frage, ob ihm dies gelingen wird. Denn die Stimmung in China ist nach allen Nachrichten stark anti-japanisch und die japanische Vertragspolitik ist ganz auf die Person des — inzwischen anscheinend gestürzten — Ministerpräsidenten Tuan Tschü-ju eingestellt, und zwar so sehr, daß Japan Advortiser v. 4. April die Ansicht ausspricht, daß der Sturz des chinesischen Ministerpräsidenten auch die Stellung des japanischen Ministeriums erschüttern könne.

So bleiben die territorialen Pläne in Nordchina das Hauptziel, während die weiteren Bestrebungen auf eine vertragliche Hegemonie über China als kühne Spekulation verfolgt werden, die aber zumindest dazu dient, das brutale Hauptziel hinter freundschaftlichen Phrasen zu verstecken.

In ähnlicher Weise, wie mit China, treibt Japan auch mit den anderen Mächten ein Doppelspiel. Es würde zu weit führen, all die mehr oder weniger begründeten Gerüchte über alte und neue Geheimverträge zu erörtern. Aber es ist angebracht, darauf hinzuweisen, daß die vielfach geäußerten deutschen Hoffnungen auf Japan, wenn sie überhaupt je ernsthaften Hintergrund hatten, seit Ausbruch der russischen Revolution hinfällig wurden. Da-

mals fiel Rußland als Faktor aus der Kombination und hörte auf, ein zuverlässiger und starker Partner Japans zu sein, wurde vielmehr statt dessen wieder ein geeignetes Objekt japanischer Ausdehnungswünsche.

Wenn man das Panasiatische Ziel Japans im Auge faßt, erhellt ohne weiteres, daß Japan bedacht sein muß, den Krieg möglichst zu verlängern, um die europäischen Mächte militärisch und wirtschaftlich möglichst zu erschöpfen. Auch wirtschaftlich, denn die Massenproduktion Japans im Kriege muß einen plötzlichen, schweren Rückschlag erleiden, wenn schon gleich nach Friedensschluß die qualitativ überlegene Konkurrenz Deutschlands und Englands wieder einsetzt. Japan muß ferner darauf bedacht sein, die Vereinigten Staaten möglichst tief in den Streit zu verstricken. Vor allem aber mag es Japans Hoffnung sein, die Flotten seiner Verbündeten vor den deutschen Küsten versinken zu sehen. Erst dann kommt Japan in die Lage, China zu beherrschen. Denn durch die Kontrolle der Häfen von der See her läßt sich das Riesenreich am leichtesten und sichersten unterjochen. Darum wird Japan nichts unterlassen, was geeignet ist, den Krieg zu verlängern. Denn wenn auch nicht alle Hoffnungen in Erfüllung gehen, so tritt Japan doch, je länger der Krieg dauert, immer mehr in den Mittelpunkt der ostasiatischen Politik und erhält immer neue Zugeständnisse von seinen Verbündeten, die — zurzeit ohnmächtig, einem Gewaltschritt entgegenzutreten — hierdurch Japan hinzuhalten suchen, bis der Friedensschluß ihnen ihre Aktionsfähigkeit wiedergibt.

Im Hinblick auf Japans Stellung zu Deutschland bietet ein Aufsatz im Japan Weekly Chronicle v. 22. 3. noch besonderes Interesse, worin die Sicherung der besetzten Südseeinseln und Kiautschou für Japan besprochen wird. Dort wird darauf hingewiesen, daß das Schicksal des deutschen Besitzes auf der Friedenskonferenz entschieden werde. Falls Deutschland besiegt sei, würde nach den bisherigen Abmachungen mit den Verbündeten (auch Amerika) Japan diese Besitzungen behalten können. Anders aber, wenn ein ungebrochenes Deutschland die Rückgabe forderte. Für diesen Fall müsse Japan schon jetzt vertraglich das Schicksal der von ihm besetzten mit dem der von England bezw. Australien besetzten Südseeinseln verknüpfen. Ebenso müsse man sich schon jetzt der Unterstützung der Verbündeten bezüglich der Festhaltung von Kiautschou vergewissern. Wie der Artikel weiter ausführt, hat der Führer der Kokumintopartei, Tsnufai, in der Antwortnote der Verbündeten auf die amerikanische Note über die Friedensbedingungen das gänzliche Fehlen jeder Erklärung über die von Japan besetzten Kolonien bemängelt. Auf eine entsprechende Interpellation im Parlament hat der Minister des Auswärtigen Motono erwidert, daß Japan bereits die notwendigen Schritte getan habe, um Japans Rechte zu sichern und daß eine zufriedenstellende Verständigung mit den Verbündeten erzielt sei. Diese Erklärung hält der Verfasser nicht für zufriedenstellend.

Aus diesen Erörterungen sieht man, daß Japan die ungebrochene Kraft Deutschlands fürchtet und demnach darauf bedacht sein muß, sie zu brechen.

Die Entwicklung der inneren Krise in China

Wir wissen aus Nr. 21, daß weite Kreise in China, besonders die Militärkreise, die die Kriegslage in Europa anders beurteilen als die Minister, ferner die führende Kaufmannschaft und einflussreiche, erfahrene Politiker vergeblich gegen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland auftraten.

Diese Opposition erfuhr bald bedeutende Verstärkung. Wenige Tage nach dem Bruch wurde in China der Ausbruch der russischen Revolution bekannt und rief außerordentliche Beunruhigung in China hervor. In der chinesischen Presse wurde das Ministerium angegriffen, weil es über die russischen Zustände

so schlecht informiert gewesen sei, und man deutete an, daß der Bruch kaum erfolgt wäre, wenn man rechtzeitig über die russischen Verhältnisse unterrichtet gewesen wäre.

Eine weitere Stütze erfuhr die Opposition durch die Tatsache, daß die Mächte ihre großen Versprechungen nicht erfüllten.

Der Ministerpräsident Tuan Tsch-tsi stieß daher auf immer größeren Widerstand gegen den Versuch, nunmehr auch noch die Kriegserklärung herbeizuführen. Trotzdem mußte er es dahinbringen, denn die Mächte machten diesen letzten Schritt zur Vorbedingung für die Erfüllung ihrer Versprechungen. Konnten diese aber nicht eingebracht werden, so war die Stellung des Ministerpräsidenten unhaltbar.

Die Opposition wuchs mit jedem Tag. Aus dem Innern kamen Nachrichten von Unruhen, die die Voraussagen der Kriegsgegner bestätigten und so dazu beitrugen, die Abneigung gegen jede Verschärfung des Konfliktes zu vermehren. Die Militärgouverneure (darunter besonders General Wang von Hupeh, General Schang Hsun und General Li Schih-fschung von Anhui) richteten scharfe Proteste gegen die Kriegserklärung an die Regierung, ebenso die Handelskammer (Pef. Gaz. v. 24. 3.). Der Vizeminister für auswärtige Angelegenheiten Liu Schih-hsun legte am 22. sein Amt nieder mit der Begründung, daß er der Regierungspolitik nicht mehr zu folgen vermöge, da er keinen vernünftigen Grund finden könne, warum China sein Geschick mit dem der europäischen Mächte verknüpfen sollte (Pef. Gaz. v. 29. 3.). Sehr bedeutsam ist, daß der Vizepräsident Feng Kuot-fschang, der sich erst kurz vor dem Bruch auf die Seite des Ministerpräsidenten geschlagen hatte, jetzt abermals seine Stellung wechselte und sich energisch gegen eine Kriegsbeteiligung erklärte mit der Begründung, daß diese zu Unruhen führen und die Landesverteidigung gefährden werde (Pef. Gaz. v. 29. 3.).

Schließlich ist noch eine Kundgebung der Vereinigten Handelskammern gegen die Kriegserklärung zu erwähnen. („Pef. Gaz.“ v. 6. 4.)

Ende März wurde von einflußreicher Seite der Vorschlag gemacht, eine Konferenz führender Persönlichkeiten nach Peking zu berufen, um über die Kriegsbeteiligung zu beraten. Die Durchführung dieses Gedankens scheint sich allerdings sehr verzögert zu haben. Im „Japan Advertiser“ v. 14. 4. findet sich die Notiz, daß die Gouverneure von Schantung, Schansi, Honan, Anhui, Hunan und Hupeh dem Präsidenten Li Yuan-hung, der also wohl der Anreger war, ihre Teilnahme an der Konferenz zugesagt haben. Außerdem wollte auch General Lu Tung-ting als Vertreter von Kwangtung und Kwangsi erscheinen.

Als letzte verfügbare Nachricht aus der ostasiatischen Presse findet sich im „Japan Advertiser“ v. 25. April die Meldung, daß in Schengtu (Szechuan) schwere Straßenkämpfe zwischen den Truppen des Militärgouverneurs Lu Pei-chin von Yunnan und den Szechuantruppen, die dieser auflösen wollte, stattgefunden haben. Es soll schließlich den fremden Konsuln gelungen sein, einen Waffenstillstand zu erwirken.

Soweit das Bild, wie es sich nach der ostasiatischen Presse gestaltet.

Demnach finden wir in China zwei Gruppen: auf der einen Seite den Ministerpräsidenten mit einem immer geringer werdenden Anhang, gestützt durch den Einfluß Japans, das gleichzeitig die monarchistische Bewegung im Norden für seine Politik mobil macht, auf der andern Seite den Präsidenten und Vizepräsidenten, die Mehrheit der Militärgouverneure (nach der neueingetroffenen Peking Gazette v. 2. 4. namentlich die der reichen Provinzen südlich vom Yangtse), die führenden Handelskreise und die strengen Republikaner. Die weitere Entwicklung ist nur durch die vielen sich widersprechenden Nachrichten bekannt, die von Reuter oder anderen frühen Quellen verbreitet wurden. Es würde zu weit führen und auch kaum durchführbar sein, wollte man den Versuch machen, sie zu sichten und aus ihnen die Wahrheit herauszuschälen. Daher kann man nur auf Grund der bisherigen Ausführungen kombinieren, welchen Gang die Ereignisse wahrscheinlich genommen haben.

Der Ministerpräsident scheint schließlich den Versuch gemacht zu haben, im Parlament die Kriegserklärung durchzudrücken. Ob ihm dies gelungen ist, oder nicht, läßt sich nicht recht erkennen. Sicher scheint jedenfalls, daß er schließlich vor der übermächtigen Opposition im Lande weichen mußte, worauf die inneren Wirren voll zum Ausbruch kamen. Wahrscheinlich haben die Militärgouverneure von Süd- und Mittelchina den Versuch gemacht, die Regierung des Landes an der Fortsetzung der gefährlichen Regierungspolitik zu verhindern. Andererseits scheint es dem Ministerpräsidenten bzw. den Japanern gelungen zu sein, einige Militärgouverneure in den nördlichen Provinzen zu einer Gegenaktion veranlassen (Unabhängigkeitserklärung der Provinz Petschili, ferner der Militärgouverneure von Mukden, Schantung und Honan lt. Morning Post v. 1. 6.). Wenn diese Deutung der Ereignisse zutrifft, dann würde die Entscheidung davon abhängen, welche der beiden Parteien sich stärker erweisen wird, und es ist kaum ein Zweifel, daß der von Japan gestützte Norden, nötigenfalls mit Hilfe japanischer Truppen, sich durchsetzen kann. Es fragt sich nur, ob Japan die Dinge wirklich bis zum äußersten treiben will. Wahrscheinlicher ist es, daß es sich mit einer Separation der Nordprovinzen bis Schantung begnügen wird, um diese in einer geeigneten Form enger mit sich zu verknüpfen, im übrigen aber versuchen wird, durch Drohungen und Versprechungen sich mit dem übrigen China zu verständigen und in ein Vertragsverhältnis zu gelangen, welches Japan wirtschaftliche Konzessionen und politischen Einfluß, China dagegen finanzielle Hilfe und Schutz gegen territoriale Absichten anderer Mächte gewährt. Diese Darstellung der Dinge ist, um es nochmals zu betonen, nur eine Wahrscheinlichkeitsberechnung. Aber wie auch die Dinge liegen mögen, eins bleibt gewiß, nämlich, daß aus dem Wirrwarr in China Japan und nur Japan allein großen Vorteil ziehen wird.

Dr. P. Heile

Vermischtes

Großbritanniens Außenhandel. Die veröffentlichten Zahlen zeigen abgerundet folgendes Bild:

März 1917		gegen März 1916	
Nettoeinfuhr	73 ¹ / ₂ Mill. £	—	4 Mill. £
Ausfuhr	44 do.	+	6 ¹ / ₂ do.
Durchfuhr	7 ¹ / ₂ do.	—	1 ¹ / ₄ do.
April 1917		gegen April 1916	
Nettoeinfuhr	76 Mill. £	+	8 ¹ / ₂ Mill. £
Ausfuhr	35 ³ / ₄ do.	—	1 do.
Durchfuhr	8 ¹ / ₂ do.	+	1 ¹ / ₂ do.

Jan./April 1917 gegen Jan./April 1916

Nettoeinfuhr	293 ¹ / ₂ Mill. £	+	23 ³ / ₄ Mill. £
Ausfuhr	164 do.	+	16 ¹ / ₂ do.
Durchfuhr	33 ¹ / ₂ do.	—	3 ¹ / ₄ do.

Die Passivität der privaten Handelsbilanz betrug hiernach also im März rd. 29¹/₂ Mill. £, im April sogar rd. 40¹/₄ Mill. £ und war damit für beide Monate zusammen um rd. 9¹/₂ Mill. £ größer als im Januar/Februar zusammen, jedoch um rd. 3¹/₄ Mill. £ geringer als im März/April 1916 zusammengenommen. Gegenüber Januar/Februar stieg die Netto-